

Rückblicke (4)

Wolfgang Scheler

**Von der marxistisch-leninistischen Lehre
vom Krieg und von den Streitkräften
zum neuen Denken über Frieden, Krieg
und Streitkräfte**

Über die Umwälzung der weltanschaulichen Grundlagen der Militärwissenschaft und der Wehrmotivation an der Militärakademie "Friedrich Engels" in Dresden

DSS-Arbeitspapiere

Heft 26 - 1996

Inhalt:

	<u>Seite</u>
Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte	3
Zu ideologisch-theoretischen Fragen des Problemkreises Frieden, Krieg und Streitkräfte	29
(Abdruck eines Vortrags beim Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung der NVA am 21.01.1988)	

Redaktion und Vertrieb:

Dr. Joachim Klopfer (V.i.S.d.P.)
Am Jägerpark 52
01099 Dresden
Fon/Fax (0351)4429225

Redaktionsschluß: Mai 1996

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren.

Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen beim Autor! Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen seiner Zustimmung; zugleich haftet er dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung seiner Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Kostenbeitrag: 2,30 DM

Wolfgang Scheler

Von der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften zum neuen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte

Über die Umwälzung der weltanschaulichen Grundlagen der Militärwissenschaft und der Wehrmotivation an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden

Im Rückblick auf die noch nicht so weit zurückliegende Zeit, in der sich Nationale Volksarmee und Bundeswehr als militärische Gegner gegenüberstanden, verdienen die weltanschaulichen Grundpositionen des Militärs besondere Beachtung. Beiderseits der Fronten des Kalten Krieges war das Selbstverständnis der Soldaten, waren die Motivation des Wehrdienstes und das soldatische Berufsethos weltanschaulich begründet. Hierzu gehörte nicht nur die weltanschauliche Einbindung in die jeweilige Gesellschaft und Wertegemeinschaft, sondern auch die weltanschauliche Haltung zu den spezifisch militärischen Zwecken.

Das Unmittelbare, Nächstliegende, zu dem sich Soldaten in Beziehung setzen müssen, ist natürlich das, was sie tun, sind ihr Waffenhandwerk, der bewaffnete Kampf, der Verteidigungsfall, der Krieg, die Militärorganisation und die besonderen Erfordernisse, die alles das an Menschen im Militärdienst, an ihre Persönlichkeit und Verhaltensweisen stellt. Der Soldat kommt also nicht aus ohne weltanschauliche Haltung zum Krieg, zu militärischer Gewalt, zur Rolle von Streitkräften in der Staatsräson und bei der Wahrung von grundlegenden Lebensinteressen der Gemeinschaft, der er angehört.

Im folgenden soll diese im engeren Sinne soldatische weltanschauliche Orientierung zur Rede stehen, wie sie für die Nationale Volksarmee maßgebend war, vor allem für ihre Offiziere.

Worin bestanden die weltanschaulichen Ansichten der Offiziere über Krieg und Frieden, über Streitkräfte und Verteidigung? Wie wurden sie speziell an der Militärakademie bei Offizieren in mittleren und höheren Führungsfunktionen geformt? Welche Umwälzungen in den Ansichten vollzogen sich an dieser Einrichtung, und wie sind davon die Haltungen vieler Offiziere beeinflusst worden?

I. Schuldbewußte Lernhaltung und Spagat zwischen Antimilitarismus und Verteidigungsapologetik

In der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Anfang der sechziger Jahre befanden sich die von ihrem Staat zur Fahne Gerufenen in einer geistigen Verfassung, die von den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, von der tiefen Schuld der deutschen Wehrmacht, der Entheroisierung und Abwertung des Soldatentums sowie von dem Willen zur Wiedergutmachung und zu einem grundsätzlichen Neuanfang geprägt war.

Zunächst galt in der DDR jede Theorie über den Krieg als suspekt. Der Krieg war nicht als allgemeine Kategorie, sondern bloß in seiner konkreten Erscheinungsform als der gerade zu Ende gegangene Krieg das Objekt geistiger Auseinandersetzung. Das Trauma der Kriegskatastrophe und die deutsche Kriegsschuld waren das Thema. Vor allem wurden die Ursachen analysiert, die Deutschland auf den verhängnisvollen Weg des Militarismus und des Krieges geführt hatten.

Die grundlegende Schlußfolgerung lautete: Nie wieder Krieg und deshalb Schaffung von gesellschaftlichen Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Und das hieß damals, jene Gesellschaftsschichten, die Deutschland in die nationale Katastrophe und tiefste Schande geführt hatten, zu entmachten. Ein Elitewechsel war notwendig und gerechtfertigt. Bestimmen sollten nun die unteren Gesellschaftsklassen, die keinerlei Interesse am Krieg haben, sondern immer nur seine Opfer sind. Allein das garantiere - das war die allgemeine Vorstellung - den Frieden für die Deutschen und ihre Nachbarn.

Der geistige Boden für diese Grundanschauungen war seinerzeit nicht allein marxistisches Gedankengut, sondern auch bürgerlich-humanistisches, liberal-antimilitaristisches und pazifistisches. Selbst als die DDR parallel zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zum Aufbau bewaffneter Kräfte überging, löste sich dieser weite antimilitaristische Grundkonsens noch nicht auf, weil auch dieser Übergang unter der Hauptidee der Verteidigung des Friedens und seiner gesellschaftlichen Grundlagen erfolgte.

Auch nach diesem Übergang Anfang der fünfziger Jahre galt es noch als ein Tabu, den Krieg an sich zum Gegenstand theoretischen Denkens zu machen. Angesagt war der vollständige Bruch mit kriegsbezogenem Denken, und jede Beschäftigung mit Kriegstheorie erschien als im Widerspruch dazu

stehend. Man wollte keine Kriegstheorie mehr. Diese kam höchstens als Gegenstand der Polemik vor und wurde absolut verworfen. Und von diesem Tabu war auch das marxistisch-leninistische Denken betroffen.

Aber dann erzeugte die sich verschärfende Kriegsgefahr, die sich dem Bewußtsein aufdrängende militärische Konfrontation und der Ausbau eigener Streitkräfte doch das Bedürfnis, zwei nun wesentlich gewordene Tätigkeitsfelder tiefer theoretisch zu fundieren - den Friedenskampf und die Tätigkeit im Bereich der Landesverteidigung.

Die Auffassungen unserer Soldaten über Krieg und Streitkräfte wurden in der Folgezeit von diesen beiden unterschiedlichen Politikfeldern, von ihren widersprüchlichen Bedürfnissen und deren geistiger Reflexion beeinflusst. Dem entsprachen auch zwei unterschiedliche Quellen für die weltanschauliche Formung dieser Ansichten.

Der Marxismus war inzwischen zur Staatsideologie erhoben worden und damit verbindlich für die NVA. Beide Quellen lagen also im Marxismus-Leninismus, sie fielen hauptsächlich in den Gegenstandsbereich des historischen Materialismus, deckten sich aber nicht.

Die eine Quelle bildete die relativ selbständige Aneignung des Gegenstandes Krieg und Frieden durch marxistische Philosophen in der DDR, hierunter ein zum Marxismus konvertierter Theologe, Matthäus Klein. Erste systematische Darstellungen erschienen ab 1957.¹ Sie wurden ergänzt durch Abhandlungen in Übersetzungen sowjetischer Lehrbücher über den Marxismus-Leninismus Anfang der sechziger Jahre.²

Die zweite Quelle waren Übersetzungen sowjetischer Publikationen aus dem Bereich der Sowjetarmee³ und deren Adaptionen in Publikationen von NVA-Offizieren. Ich nenne als Beispiel das Buch „Krieg, Armee, Militärwissenschaft“, 1963 in Deutsch erschienen, verfaßt von Offizieren des Lehrstuhls für dialektischen und historischen Materialismus an der Militärpolitischen Akademie „W.I. Lenin“ in Moskau. Zuvor hatte bereits Heinz Hoffmann, DDR-Verteidigungsminister, eine Schrift unter dem Titel „Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften“ publiziert, mit der er die in der Sowjetarmee gültigen Auffassungen als die für uns maßgeblichen offerierte.⁴

Diese Quellen unterschieden sich deutlich in den Ansatzpunkten, in der Weite des Gegenstandes, in den Absichten und in der Aussage voneinander, und das lag vor allem in ihrer Herkunft und Zielsetzung begründet. Die eine war ziviler, die andere militärischer Herkunft. Die erste behandelte die marxistisch-leninistischen Auffassungen über Krieg und Frieden, die zweite die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften. In der einen kam die Verteidigungsproblematik, in der anderen der Frieden nur am Rande vor.

Aber beide übten ihren Einfluß auf die weltanschauliche Haltung im Offizierskorps aus, erzeugten ein Spannungsverhältnis, nährten Differenzierungsprozesse und schufen in den achtziger Jahren schließlich Fronten geistiger Auseinandersetzung über den militärischen Auftrag, die - aber eben erst in der Phase des Zusammenbruchs der DDR - in den Versuch einer Militärreform mündeten.

Worin bestanden nun die wesentlichen weltanschaulichen Aussagen der marxistisch-leninistischen Auffassungen über Krieg, Frieden und Streitkräfte, als diese für die NVA relevant wurden?

Weltanschauliche Fragen sind vor allem die Fragen nach dem Wesen des Krieges und des Friedens, Fragen nach ihrer Herkunft, historischen Bedingtheit oder Ewigkeit, nach ihrer Bedeutung für die menschliche Gesellschaft und ihrer Rolle im Geschichtsprozeß.

Für Marx und Engels war das kein selbständiger theoretischer Gegenstand, dem sie wissenschaftliche Untersuchungen gewidmet hätten. Der kanonisierte Marxismus-Leninismus aber, eine Schöpfung der Stalinzeit, den wir aufnahmen und von dem wir uns auch nach Stalin geistig nicht befreit hatten, machte daraus eine marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften. Eine solche findet sich weder bei Marx, noch bei Engels. Was sich bei ihnen findet ist eine Gesellschaftstheorie, in der die materielle Produktion und die Verhältnisse, die sie hervorbringt, als bestimmend für die Entwicklung der Gesellschaft und für ihr Verstehen gelten.

Marx und Engels wandten sich gegen die zu ihrer Zeit herrschende Geschichtsauffassung, die „Gewalt, den Krieg, Plünderung, Raubmord pp. zur treibenden Kraft der Geschichte“ gemacht hat, und setzten dagegen, daß „Staatszwang, Bajonette, Polizei, Kanonen ... weit entfernt, die Grundlage der Gesellschaft zu sein, nur eine Konsequenz ihrer eignen Gliederung“ sind.⁵

Sie suchten die Bestimmungsgründe für die Entwicklung der Gesellschaft in den ökonomischen Verhältnissen und Interessen großer Menschengruppen, für die sie den Terminus bürgerlicher Soziologen übernahmen, nämlich *Klassen*. Und sie erwarteten nach der klassischen bürgerlichen Revolution, die den Menschen aus der Ungleichheit der Ständeordnung erlöst und zum freien Staatsbürger gemacht hatte, nun eine weitere Revolution, die den Menschen aus der Unterwerfung unter die Teilung der Gesellschaft in Besitzende und Besitzlose befreit. Die gemeinschaftliche Verfügungsgewalt über die wichtigsten Produktionsmittel sahen sie dafür als Voraussetzung an, und in der Arbeiterklasse glaubten sie das Subjekt entdeckt zu haben, das aus eigenem Klasseninteresse diese Revolution der Eigentumsordnung vollbringt.

Nur im Zusammenhang mit ihrem Anliegen der menschlichen Emanzipation, nicht weil sie Wesen und Ursachen von Krieg und Frieden aufklären wollten, tangierten die Begründer des historischen Materialismus notwendigerweise an dieser oder jener konkreten Frage auch den Krieg, den Frieden oder die Streitkräfte. Für sie gehörten Krieg und die Instrumente des Krieges, die Streitkräfte, und auch der bisher unsichere, nur zeitweilige Frieden nur der alten, revolutionär zu überwindenden Gesellschaft an. Sie hatten kein spezifisches Kampfprogramm gegen den Krieg und für den Frieden, denn mit der menschlichen Emanzipation würden sich diese Ziele ja von selbst erledigen.

Als wir uns Anfang der sechziger Jahre in der NVA damit zu beschäftigen begannen, nahmen wir nicht diese Gedankengänge auf. Über uns kam vielmehr ein fertig ausgebildetes theoretisches System von Anschauungen über den Krieg, eine Lehre vom Krieg und von den Streitkräften, angeblich ausgearbeitet von Marx, Engels und Lenin, die wie die großen Religionsstifter mit dem Nimbus der Unfehlbarkeit ausgestattet waren. Sie wurde uns vorgesetzt als ein feststehender, unantastbarer Teil des Marxismus-Leninismus.

Die Hauptaussagen dieser sogenannten marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften lassen sich etwa wie folgt zusammenfassen:

1. Über den Krieg

Der Krieg ist ein Produkt und eine ständige Begleiterscheinung der Klassengesellschaft, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht. Er ist nicht von Ewigkeit, sondern entsteht geschichtlich erst mit der Entstehung des Privateigentums und verschwindet erst aus der Gesellschaft,

wenn sie die Privateigentumsordnung hinter sich gelassen hat. Damit wurde eine lineare Kausalität *Privateigentum - Krieg* als axiomatische Grundannahme gesetzt, die zur These über den gesetzmäßigen Zusammenhang von Kapitalismus und Krieg und über das aggressive Wesen des Imperialismus führte. Diese These stützte sich auf eindeutige Aussagen Lenins, wie zum Beispiel, daß „das Privateigentum stets zum Krieg geführt hat und stets zum Kriege führen wird“.⁶

Damit waren die weltanschauliche Ausgangsposition für das Wehrmotiv und ein tragender Eckpfeiler für das Feindbild gesetzt, die Erwartung von Aggressionsabsichten seitens der NATO und der Bundeswehr. Wenn die kapitalistische Ordnung notwendig den Krieg erzeugt, konnte er nur durch Überlegenheit im Kräfteverhältnis, darunter im militärischen, verhindert werden.

Lenin hatte die Clausewitz'sche Formel in die marxistische Kriegsauffassung eingeführt. Wie Clausewitz sah er das Wesen des Krieges als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Aber hinausgehend über Clausewitz analysierte er den Klassencharakter der Politik und machte so das Klassenwesen des Krieges zur Hauptbestimmung. Danach war es erforderlich, in jedem Einzelfall zu untersuchen, welche Klasseninteressen in dem betreffenden Krieg ausgefochten werden, welche Klasse den Krieg vorbereitet und herbeigeführt hat. Hieraus leitete sich die Stellungnahme zu jedem einzelnen Krieg vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse ab, deren historische Legitimation darin gesehen worden ist, daß diese Interessen identisch mit dem allgemeinen Menschheitsfortschritt sind.

So nahm folgerichtig einen zentralen Platz in dieser Lehre das Theorem von gerechten und ungerechten Kriegen ein. Es wurde erst von Lenin implementiert. Er schrieb: „ ‘Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik’ der einen oder der anderen Klasse; und in jeder Klassengesellschaft, in der auf Sklaverei beruhenden, in der fronherrschaftlichen und in der kapitalistischen, hat es Kriege gegeben, die die Politik der unterdrückenden Klassen fortsetzten, aber es hat auch Kriege gegeben, die die Politik der unterdrückten Klassen fortsetzten.“⁷ Und er zog daraus den Schluß, „daß es Kriege und Kriege gibt, daß es gerechte und ungerechte, fortschrittliche und reaktionäre Kriege gibt, Kriege fortschrittlicher Klassen und Kriege rückständiger Klassen, Kriege, die der Festigung des Klassenjochs und Kriege, die seiner Beseitigung dienen“.⁸

Nun ist eine solche Differenzierung der Kriege in gerechte und ungerechte zu Lenins Zeiten nicht unberechtigt gewesen. Aber der Anspruch, selber stets die fortschrittliche Klasse und damit die Gerechtigkeit zu repräsentieren, konnte mißbraucht werden als Rechtfertigungstheorie für den Krieg, den man selbst führte, ohne sich wirklich in Übereinstimmung mit dem Fortschritt, der Gerechtigkeit und Rechtmäßigkeit zu befinden. In der Praxis sowjetischer Politik bestätigte sich in einigen Fällen der Mißbrauch dieses Theorems für bloße machtpolitische Interessen, so in Kriegen gegen Polen, Georgien, Finnland oder Afghanistan. Aber das erkannten wir erst viel später, weil diese Kriege nicht nur mit dem Theorem des gerechten Krieges, sondern mittels Geschichtsfälschung und Vorspiegelung falscher Tatsachen gerechtfertigt wurden.

Für den Fall eines Krieges zwischen NATO und WVO ist die Lehre von gerechten und ungerechten Kriegen allein zur Begründung für die Gerechtigkeit der Verteidigung herangezogen worden. Als gerecht wurde der Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes gegen eine imperialistische Aggression bewertet. Einen Gedanken an einen Aggressionskrieg der sozialistischen gegen die kapitalistischen Staaten hat es nicht gegeben. Das schied nicht nur aus prinzipiellen weltanschaulichen Gründen, sondern auch in rationaler Wahrnehmung der eignen Interessen absolut aus. Angewendet wurde die Auffassung über gerechte und ungerechte Kriege in der Zeit des Kalten Krieges weiterhin auf Kolonialkriege und nationale Befreiungskriege.

Die wichtigste weltanschauliche Aussage war seinerzeit aber die, daß der Ausgang eines vom Imperialismus möglicherweise entfesselten dritten Weltkrieges von den Volksmassen entschieden wird. Die sozialistische Welt verfüge über alle Potenzen für den Sieg über den Aggressor, und die Völker würden den Kapitalismus für dieses Verbrechen eines mörderischen Krieges endgültig begraben. Dieser historische Optimismus, der über jede Gefahr und Weltuntergangsvision erhaben blieb, hatte seine tiefere weltanschauliche Quelle in der deterministischen Geschichtsauffassung, nach der die Gesellschaft gesetzmäßig zu einer höheren Gesellschaftsformation aufsteigt, also die Gewißheit vom Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab.

2. Über die Streitkräfte

Die Streitkräfte, die Instrumente des Krieges, wurden in ihrer historischen Entstehung und Vergänglichkeit ebenso wie der Krieg an das Aufkommen

des Privateigentums, die Klassenspaltung und den Staat gebunden. Ihr Verständnis hing direkt ab von der marxistischen Staatsauffassung.

Nach Engels ist der Staat das „Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unveröhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der 'Ordnung' halten soll; und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“⁹

Die Streitkräfte sind als Teil des Staates eingebunden in die charakterisierte Staatsfunktion. Ihre Besonderheit ist, daß sie das am stärksten bewaffnete Staatsorgan, eine besondere Formation bewaffneter Menschen sind. Streitkräfte werden danach verstanden als das Gewaltinstrument, das den Staat letztlich in seiner Macht absichert, nach innen wie nach außen. Ihr politisches Wesen wird jeweils bestimmt durch den politischen Charakter des betreffenden Staates, der als Machtinstrument der herrschenden Klassen aufgefaßt wird.

Aus dieser hier nur sehr grob skizzierten weltanschaulichen Grundposition ergab sich, daß die Streitkräfte der kapitalistischen Staaten hauptsächlich als Instrumente von Kriegspolitik und als Reserve für innenpolitische Macht-sicherung definiert worden sind. Die sozialistischen Streitkräfte dagegen erhielten die Eigenschaft zugesprochen, geprägt vom neuartigen Staat, krieg-verhütende Verteidigungsmacht des Sozialismus zu sein und damit Schutz-funktionen für den Frieden zu erfüllen. Darin bestand das Selbstverständnis der Soldaten der NVA.

3. Über den Frieden

Über den Frieden lautete die weltanschauliche Grundaussage, daß er als Dauerzustand der Gesellschaft endgültig erst mit dem Sozialismus Wirklichkeit wird. „Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander“¹⁰, hatten Marx und Engels hinterlassen. Der bisherige zeitweilige Frieden entsprach nicht der Zielvorstellung, weil in ihm sein Bruch, der Rückfall in den Krieg, vorgezeichnet war. Die Zivilisation sollte nun endlich den Zyklus *Krieg - Frieden - Krieg*

hinter sich lassen. Dem stand im Wege, daß die Klassengesellschaft noch nicht aus der Welt war, der ja vor allem in ihrer Existenzform als imperialistischer Kapitalismus kriegserzeugende Wesensmerkmale zugeordnet wurden.

Ende der fünfziger Jahre war aber die von Lenin stammende und von Stalin hochgehaltene These von der Unvermeidlichkeit neuer kapitalistischer Kriege, darunter eines Krieges gegen den Sozialismus, außer Kraft gesetzt worden. Die Gegenthese besagte, daß das nun entstandene politische, ökonomische und militärische Kräfteverhältnis zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Weltsystem sowie die Friedensbewegung, die auf Grund der Erkenntnis nicht akzeptabler Kriegsfolgen weiter erstarkt, einen neuen Weltkrieg nicht mehr schicksalhaft unvermeidbar erscheinen läßt. Frieden zwischen den beiden Welten wurde also zum Hauptthema, und weltanschaulich basierte dieses Friedenskonzept auf der Idee der friedlichen Koexistenz.

Die Idee der friedlichen Koexistenz, ebenfalls auf Lenin zurückgehend, besagte, daß die Entscheidung *Kapitalismus oder Sozialismus* im friedlichen Wettbewerb beider Systeme, also unter Ausschluß des kriegerischen Konflikts zwischen ihnen entschieden werden soll. Wenn der Konflikt zwischen den Systemen in friedlicher Form ausgetragen wird, erübrige sich dann auch die gefährliche Hochrüstung, und es könne zu einem beiderseitigen Abrüstungsprozeß übergegangen werden. Über den Ausgang des Wettbewerbs, der als Form des Klassenkampfes definiert wurde, könne es keinen Zweifel geben. Der Sozialismus brauche Frieden und werde im Frieden triumphieren, wie eine warnende Antikoexistenzstimme des Westens bestätigte.¹¹

4. Über die bürgerlichen Ansichten zu Krieg, Frieden und Streitkräften

Die marxistisch-leninistischen Auffassungen gewannen an Attraktivität und Überzeugungskraft vor allem durch polemische Gegenüberstellung zu den entsprechenden bürgerlichen Ansichten. Da wir glaubten, den Anspruch erheben zu können, als einzige eine wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen, leitete sich daraus auch das Wahrheitsmonopol für diesen Gegenstand ab. Das gesamte Denken über Krieg und Frieden wurde von uns dichotomisch getrennt in marxistisches und bürgerliches. Das eine war das Richtige, das andere wurde als falsch, als irrig und vom bürgerlichen

Klassenstandpunkt geleitet, der soziale Erkenntnisschranken setzt, verworfen. Bürgerliche und sozialistische Ideologie standen sich auch in diesen Fragen unversöhnlich und sich ausschließend gegenüber.

Unser weltanschauliches Selbstverständnis gab uns also das Bewußtsein erkenntnistheoretischer Überlegenheit. Wir wähnten uns im Besitz der einzig wahren Einsicht in das Wesen von Krieg und Frieden. Wir fühlten uns auch moralisch überlegen, weil Verfechter des gesellschaftlichen Fortschritts hin zu einer Welt des Friedens, weil Verteidiger des gegen die finsternen Mächte des Krieges bereits errungenen Friedens, Vollstrecker einer humanistischen Mission, der zu dienen aller Ehren wert ist.

Dies etwa machte den Bestand an weltanschaulich bestimmten Ansichten über Krieg, Frieden und Streitkräfte aus, als damit begonnen wurde, die NVA und speziell ihr Offizierskorps systematisch politisch und militärisch auszubilden. Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften bildete erklärtermaßen die weltanschauliche Grundlage der militärischen Theorie und Praxis, der Militärwissenschaft und der Wehrmotivation. Auf diesem geistigen Boden setzte auch die Lehre und Forschung an der Militärakademie in Dresden ein, als diese 1959 gegründet wurde. Hier entwickelte sich dieses Sachgebiet zu einem wesentlichen Lehrgegenstand und bevorzugten Forschungsobjekt am Philosophie-Lehrstuhl.¹²

II. Der Erwerb von Kritikfähigkeit und die Transformation ins neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte

In den drei Jahrzehnten der Beschäftigung mit philosophischen Problemen des Krieges, des Friedens und der Streitkräfte, wie wir das Gebiet meist benannten, verließen wir die vorgezeichneten Bahnen in dem Maße, wie uns äußere geistige Einflüsse und wachsende wissenschaftliche Kompetenz ein kritisches Urteil ermöglichten. Besondere Umstände brachten es mit sich, daß wir nicht nur innerhalb der NVA wirken konnten, sondern auch in der DDR-Philosophie und von da aus im geistigen Leben des Landes einen Platz besetzen konnten.

Der Veränderungsprozeß begann damit, daß wir uns entgegen aller ideologischen Vorgabe und Konvention als Offiziere an einer militärischen Bildungsstätte theoretisch mit dem Frieden befaßten. Für das Militär erschien

das abwegig. Unser Gegenstand sei der Krieg, den Frieden sollten wir den Philosophen an zivilen Instituten überlassen, hielt man uns entgegen. Als aber 1977 unsere Abhandlung zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart unter dem Titel „Die Einheit von Sozialismus und Frieden“¹³ erschienen war, überließen uns im Gegenteil die zivilen Philosophen mehr und mehr dieses Sachgebiet. Aus einer solchen Position heraus war es uns möglich, die immer wieder aufbrechenden Konflikte zu bestehen.

Den tiefsten Konflikt rief das Bewußtwerden einer ganz neuen Menschheitssituation hervor. Eine neue Phase militärischer Konfrontation im Kalten Krieg hatte Ende der siebziger Jahre eingesetzt. Neue Hochrüstungsprogramme, Marschflugkörper, see- und landgestützte Atomraketen mit Mehrfachsprengköpfen, Weltraumrüstung und Szenarien für den Sieg in einem nuklearen Krieg erschreckten die Menschen. In dieser gefährlichen Situation wurden die Bürger beider deutscher Staaten in bisher nicht gekannter Weise sensibilisiert, fühlten sie sich doch ganz unmittelbar von dem Vernichtungspotential tödlich bedroht, das auf ihrem Territorium stationiert war und wechselseitig auf ihre Lebenswelt zielte.

Die Militarisierung des Systemkonflikts war zu einer unerhörten Konsequenz getrieben worden, zur realen Gefahr, daß die Menschheit sich selbst vernichtet. Spontan wuchs eine beispiellos massenhafte und vielschichtige Friedensbewegung empor und verschaffte sich Geltung. Verschiedene Berufsgruppen formierten Vereinigungen gegen den Atomkrieg und für den Frieden, so Ärzte, Naturwissenschaftler, Kulturschaffende und sogar Soldaten. Sie brachten zu Bewußtsein, daß die Frage *Frieden oder Krieg* zum erstenmal gleichbedeutend mit der Frage *Sein oder Nichtsein* des menschlichen Lebens auf der Erde geworden war.

Die Neuartigkeit der historischen Situation und die ungeheuerliche Konsequenz, vor die sie das Denken und Fühlen stellte, forderte den Bruch mit der bisherigen Denkweise über Krieg und Frieden, über militärische Macht und die Funktion der Streitkräfte heraus. Ein fundamentales Umdenken setzte ein und erzeugte den Drang nach der Umkehr zu einem Verhalten, das den Fortgang der menschlichen Geschichte ermöglicht. In der DDR nahm dies die Form einer tiefgreifenden weltanschaulichen und politischen Auseinandersetzung an, die zu einem nicht unwesentlichen Teil der Erosion der scheinbar festgefügtten Machtstrukturen wurde. Sie erfaßte auch die tragenden gesellschaftlichen Kräfte, die geistige Elite und die Menschen in

den Machtorganen und erzeugte eine Polarisierung zwischen konservativen und reformerischen Gruppierungen.

Das Militär und der gesamte Bereich der Landesverteidigung war von den neuen Realitäten des Atomzeitalters am unmittelbarsten betroffen. Die Einsichten in das veränderte Wesen der Welt erschütterten das Selbstverständnis der Soldaten. Fortan standen Aussagen wie die, daß es zum Frieden keine Alternative gibt als den Untergang, kontrastreich jenen gegenüber, die Verteidigungsanstrengungen und Wehrbereitschaft begründen sollten. Das bildete die Konfliktlinie, an der in der Folgezeit Schritt für Schritt unsere bisherigen Denkgewohnheiten und Glaubenssätze zu Bruch gingen und sich ein situationsgerechtes Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte herausbildete.

Als wir 1984 ein Buch mit dem Titel „Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges“¹⁴ zum publikumswirksamen Anlaß eines Philosophie-Kongresses in die Öffentlichkeit brachten, erreichten wir damit beträchtliche Resonanz. Es fiel nicht nur die unkonventionelle Behandlung der Thematik auf. Das Besondere und Spannungsgeladene hieran war wohl nicht zuletzt, daß sich Offiziere der NVA, tätig an der höchsten militärischen Bildungsstätte des Landes, zu Wortführern einer Umbewertung bisheriger Ansichten über Krieg und Frieden, militärische Gewalt und Streitkräfte gemacht hatten.

Von übergreifender Bedeutung war, daß wir begannen, die scharf gezogene ideologische Trennlinie zwischen marxistischem und bürgerlichem Denken über Krieg und Frieden zu durchbrechen. Nichtmarxistisches Denken werteten wir nicht mehr pauschal ab, sondern differenzierten es in Friedensdenken und Kriegsideologie. Die Trennlinie zogen wir von da an zwischen Kriegsideologie auf der einen Seite und dem Friedensdenken auf der anderen Seite, ob es nun marxistisches oder nichtmarxistisches ist.

Auf diese Weise fanden die Erkenntnisse und Ansichten, die außerhalb der eignen ideologischen Hemisphäre zu diesem Gegenstand gewonnen worden waren, bei uns Eingang, und zwar nicht mehr als Gegenstand der Polemik und der Abgrenzung, sondern als geistige Gemeinsamkeiten. Es fiel die ideologische Barriere, die uns bisher vom breiten Strom friedentheoretischen Denkens, das auf bürgerlichen Grundlagen koexistenzfreundlich bis pazifistisch orientiert war, getrennt hatte. Wir konnten es zwar nicht direkt aussprechen, wenn wir aber gegen bestimmte Sätze der imperialistischen

Kriegsideologie beim Gegner polemisierten, rechneten wir damit, daß Analogien zu manchen Leitsätzen der eigenen Militärideologie auffallen mußten, so zum Beispiel Denken in den Kategorien militärischer Stärke und Überlegenheit, Siegedenken oder Bagatellisierung der Kriegsfolgen bei atomarer Kriegführung.

Zuerst stürzte das Postulat der militärischen Überlegenheit. Die These, daß eine Gesellschaft, der der Frieden wesenseigen ist, das andere Gesellschaftssystem, das seiner Natur nach Krieg erzeugt, durch überlegene militärische Macht zum Frieden zwingen kann, war ja durchaus logisch und evident. Im Atomzeitalter versagte aber die Logik des Überlegenheitstheorems. Gerade das Gleichgewicht des Schreckens durfte nicht verletzt werden, wenn der hierauf gestützt fragile Frieden bewahrt und der Übergang von der Hochrüstung zur Abrüstung ermöglicht werden sollte. Es widersprach natürlich zutiefst unserer gewohnten weltanschaulichen Sicht, daß auf einmal nicht mehr soziale Kräfte, sondern ein vorrangig technisch bestimmtes, klassenindifferentes strategisches Gleichgewicht als friedenserhaltend anerkannt werden sollte.

Als die These vom friedensichernden militärstrategischen Gleichgewicht, die bis dahin als eine bürgerliche Ansicht verworfen worden war, dann auch staatsoffiziell die Überlegenheitstheorie ablöste, blieb das Problem in der NVA noch weitgehend unverstanden. Der Wechsel wurde nicht ernst genommen, zumal sich ja praktisch nichts daran änderte, im Verteidigungsfall eine strategische Offensive zu führen, was ohne strategische Überlegenheit auf dem Kriegsschauplatz nicht möglich ist.

Zum theoretischen Bruch mit den Kategorien und Theoremen der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg und von den Streitkräften kam es aber erst, als die Krise des Krieges und der Verteidigung unübersehbar wurde und die Wehrmotivation erschütterte.

In den achtziger Jahren trat ins Bewußtsein, daß sich eine Zeitenwende vollzogen hatte, die Wende vom prä nuklearen zum nuklearen Zeitalter. Das verteidigungspolitische Denken, das sich bisher in Kategorien einer längst vergangenen Ära bewegt hatte, geriet jetzt in offenen Widerspruch zu den Bedingungen der neuen Ära.

Ausgangspunkt der Umwälzungen in unserem Denken war die Einsicht in den völlig veränderten Charakter des drohenden Krieges. Der Konflikt ent-

zündete sich an der Sinnkrise des Krieges und der Streitkräfte. Der drohende Krieg im Systemkonflikt hatte eine neue Dimension angenommen, die der garantierten gegenseitigen Vernichtung. In der DDR sprach die Partei- und Staatsführung in aller Deutlichkeit aus, daß ein neuer Weltkrieg den Untergang der Menschheit bedeuten würde.

Für die Verteidigungspolitik und Wehrmotivation brachte das ein Dilemma. Eine ernste Sinnkrise der Landesverteidigung und des Soldatseins brach offen aus. Bis dahin galt der Grundsatz, daß der Sinn der militärischen Verteidigung darin besteht, einen möglichen Aggressor vom Krieg abzuhalten und, wenn das nicht gelingt, ihn im Krieg zu besiegen. Die Verteidigung der Heimat und des Sozialismus enthielt eine doppelte Bedeutung, die der Verteidigung des Friedens und die der Verteidigung der eignen Werte im Verteidigungskrieg. Jetzt aber wurde klar, daß die zweite Möglichkeit ausschied. Bewahrung der verteidigungswürdigen Werte im Krieg war nicht mehr möglich, und schon gar nicht Sieg über den Aggressor.

Für das Militär bedeutete diese Einsicht den tiefsten Bruch mit dem Sinn des soldatischen Auftrages und Selbstverständnisses. Anzuerkennen, daß es unmöglich geworden war, das Schützenswerte im bewaffneten Kampf zu verteidigen und den Sieg über den Friedensbrecher zu erringen, erschütterte die Wehrmotivation in ihrem Kern. Gegen die Anerkennung der fatalen Konsequenz des alles vernichtenden Krieges wehrte sich unser historischer Optimismus, unser Vertrauen in die Gesetzmäßigkeit der Geschichte, die, komme was will, in aufsteigender Linie zu einer höheren Stufe der Gesellschaft fortschreitet. Hieraus hatte sich die geradezu axiomatische Gewißheit vom gesetzmäßigen Sieg des Sozialismus in einem möglichen Krieg ergeben, der trotz schwerster Opfer auch unter atomaren Bedingungen die Rettung der Menschheit garantieren würde. Es paßte nicht in das Bild unseres geradezu fatalistischen Determinismus, daß die Menschen ihrer Geschichte selbst ein Ende setzen könnten.

Im militärischen Denken ist die Einsicht in die alles verändernden Tatsachen nur sehr zögerlich und widerstrebend angenommen worden. Weil störend für die Erfüllung des militärischen Auftrages, wurde sie lange und immer wieder verdrängt. Mit Gegenaktionen versuchte man, der Sinnkrise Herr zu werden. In der NVA setzte die Armeeführung eine Kampagne zur politisch-moralischen Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf und für den Kampf- und Siegeswillen in Gang. Von uns Philosophen an der Militärakademie forderte man dafür die weltanschauliche und ethische Begründung.

So trieben wir in den Konflikt zwischen gewünschtem Resultat und widerspenstigen Tatsachen, und es entspannen sich andauernde Kontroversen, die um die notwendige Anpassung der weltanschaulichen Grundlagen für die Wehrmotivation und den Auftrag der Streitkräfte ausgetragen wurden. Sie führten aber weit darüber hinaus zu einer grundsätzlichen Revision der alten Auffassungen über Krieg, Frieden und Streitkräfte.

Sieht man ab von dem Werdegang, den der Prozeß der Erkenntnis und der Kampf um die Anerkennung seiner Resultate durchliefen, so lassen sich die Ergebnisse des Umdenken etwa wie folgt zusammenfassen.

1. Wesensveränderung des Krieges und Kriegsbegriff

Die naturwissenschaftlich konstatierten Tatsachen über die das menschliche Leben bedrohenden Kriegsfolgen ließen nicht mehr zu, den Kernwaffenkrieg unter den klassischen Kriegsbegriff zu subsumieren. Dieser Krieg war zu einer anderen Wesenheit geworden, zu einem entarteten Krieg, aus dem es keine Rückkehr zum Frieden als der dem Krieg komplementären Form der Politik mehr gibt.

Die überdimensionierten Mittel des Krieges hatten die Zweck-Mittel-Dialektik gesprengt. Ihre Anwendung vermag den Gegner nicht wehrlos zu machen, um ihm den eignen Willen aufzuzwingen, worin der Zweck des Krieges besteht. Sie vermag nur, den Gegner zu vernichten, aber auch das nur um den Preis der Selbstvernichtung. Damit verliert dieser Krieg seine politische Funktion. Er ist in diesem Sinne nicht mehr Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, sondern das Ende der Politik.

Der Zusammenhang von Politik und Krieg bleibt zwar genetisch bestehen, funktional aber wird er aufgehoben. Das aber bedeutete, die marxistisch-leninistische Grundthese über das Wesen des Krieges anzugreifen und zu revidieren.

Diese Wesensbestimmung aber geht nicht auf Marx, sondern auf Lenin zurück. In diesem Zusammenhang stießen wir darauf, daß in der marxistisch-leninistischen Lehre vom Krieg die Entstehung des Krieges und damit seine allgemeine Ursache fälschlich an die Entstehung des Privateigentums und der Klassengesellschaft gebunden war. Jetzt stellten wir die ursprüngliche Auffassung von Marx und Engels wieder her, wonach es Krieg

schon an der Wiege der Menschheit gegeben hat, dieser sich aber in seinem Wesen von dem in der Klassengesellschaft unterschied.

Damit aber war die einseitige Fixierung des Krieges auf die Privateigentumsordnung aufgehoben. Das historische Wesen des Krieges trat in neuer Gestalt hervor. Es ließen sich nun drei historische Kategorien des Krieges unterscheiden:

erstens **der alte Krieg** von Stamm zu Stamm, der noch keine Fortsetzung der Politik war und allenfalls mit der Vernichtung des Kontrahenten, nicht aber mit dessen Unterjochung enden konnte;

zweitens **der klassische Krieg**, dessen Wesen die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln ist. Seine Ergebnisse sind Sieg und Niederlage, Herrschaft und Knechtschaft, Vormacht und Ohnmacht;

drittens **der allesvernichtende Krieg** des Atomzeitalters, der aus der Politik entspringt, aber seine Funktion als Fortsetzung der Politik verliert. Er ist ein dysfunktionaler, entarteter Krieg. Er kann nicht mit Sieg und Niederlage, Befreiung oder Unterjochung, sondern nur mit Vernichtung, nun jedoch mit beiderseitiger, mit Vernichtung der menschlichen Gattung enden.

In erster Linie ist der Kernwaffenkrieg ein solcher nichtklassischer, entarteter Krieg. Aber tendenziell können auch moderne Kriege, die in hochindustriellen und stark urbanisierten Regionen geführt werden, infolge der extrem gesteigerten Waffenwirkung und der Verletzbarkeit der ökonomischen und technologischen Funktionssysteme moderner Gesellschaften die Bevölkerung der betroffenen Gebiete auslöschen.

Die Wesensveränderung des Krieges zog auch eine völlig veränderte Wertung eines solchen Krieges nach sich. Keine der kriegführenden Seiten konnte mehr eine Berechtigung für ihren Krieg herleiten, auch nicht die in Notwehr handelnde, die einen Verteidigungskrieg gegen eine Aggression führt. Es war jetzt unbedeutend für die Wertung dieses Krieges, welche Seite im Recht und welche im Unrecht ist, welche progressive oder reaktionäre politische Ziele verfolgt. Jede Unterscheidung in einen ungerechten oder gerechten, legitimen oder illegitimen Krieg verlor überall dort ihren Sinn, wo die Gewalt zur absoluten Zerstörung der Lebensgrundlagen der Gesellschaft tendiert.

Dies war eine Revision der marxistisch-leninistischen Auffassung über gerechte und ungerechte Kriege und entzog der Verteidigungsmotivation einen weiteren geheiligten Grundsatz. Es stellte sich heraus, daß erst Lenin die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen in die marxistische Kriegsauffassung eingeführt hatte. Im Marxismus-Leninismus, der eine stalinische Schöpfung war, wurde daraus eine Lehre vom gerechten und ungerechten Krieg. Sie erfüllte vor allem eine Rechtfertigungsfunktion für die sowjetische Militärpolitik. Sie relativierte die notwendige Ächtung des allesvernichtenden Krieges, brachte uns in eine ungerechtfertigte Frontstellung gegenüber dem Pazifismus und stand der Vereinigung aller Friedenskräfte im Kampf gegen den Atomkrieg im Wege.

Kriterium für die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen waren allein die Kriegsursachen, die Politik, aus der der Krieg entspringt. Jetzt wurden zurückgehend auf Engels die Folgen eines Krieges für die Gesellschaft zum entscheidenden Kriterium für die Stellung zu diesem Krieg.

2. Wesensveränderung des Friedens und Friedensbegriff

Der neue Charakter des Krieges machte auch einen neuen Frieden notwendig. Ein Ausweg aus der Gefahr des Menschheitstodes konnte nur gefunden werden, wenn ein unzerbrechlicher Frieden errichtet wird. Die Frage nach dem Inhalt und dem Wesen des bestehenden und des zu schaffenden Friedens trat ins Zentrum des philosophischen Denkens.

Für die Beantwortung dieser Frage war es zunächst notwendig, aus der geschichtlichen Gesamtsicht historische Kategorien des Friedens zu unterscheiden:

erstens den **Frieden der klassenlosen Urgesellschaft**, der innerhalb des Geschlechtsverbandes alternativlos bestand, nach außen aber nur mit jenen Geschlechtsverbänden, mit denen Frieden ausdrücklich geschlossen war. Es gab ihn, wenn ein Ausgleich der Stammesinteressen erreicht werden konnte, und dies meist nach Maßgabe der bewaffneten Macht, die dafür aufgebracht werden konnte;

zweitens den **Frieden der Klassengesellschaft**, der eine Form der Politik ist und den Charakter der Politik annimmt. Er ist ein im Wechsel mit dem Krieg zeitweiliger Frieden und insofern Fortsetzung des Krieges mit anderen

Mitteln, ein Frieden, gestützt auf die Instrumente des Krieges, die auch im Frieden parat bleiben. Dieser Frieden kann Herrschaft und Knechtschaft bedeuten, er kann ein imperialer oder demokratischer Frieden sein, ein Siegfrieden oder ein Vertragsfrieden;

drittens den **Frieden der kommunistischen Gesellschaft**, der auf friedenerzeugenden ökonomischen und sozialen Grundlagen beruht und zur ungefährdeten, alternativlosen Lebensform wird, also zum ewigen Frieden. Von sich aus braucht dieser Frieden keine bewaffnete Macht. (Fälschlich nahmen wir an, wir hätten diesen Zustand im Rahmen der sozialistischen Länder erreicht. Daß wir dennoch eine bewaffnete Macht brauchten, erklärten wir aus der äußeren Bedrohung durch die kapitalistische Macht.)

Der Frieden im Kalten Krieg beruhte wesentlich auf militärischer Macht, auf Abschreckung durch ständige Kriegsbereitschaft. Diese schon immer gefährliche Logik militärischer Abschreckung geriet im nuklearen Zeitalter zur höchsten Unvernunft. Atomare Abschreckung verlangt eigentlich grundsätzlich, nicht nur bereit zu sein zur vollständigen Vernichtung des Gegners, sondern auch zum Selbstmord und zum Mord an der ganzen Menschheit.

Der atomare Frieden ist paradox, ein Widerspruch in sich. Er wird durch das genaue Gegenteil von Friedlichkeit erhalten, durch gegenseitiges In-Schach-Halten mit dem absoluten Zerstörungsmechanismus. Er ist das auf die Spitze getriebene System der Feindseligkeit, weswegen er ja nicht zu Unrecht „Krieg der schweigenden Waffen“ genannt worden ist.

Der feindselige Abschreckungsfrieden mußte also ersetzt werden durch einen Verständigungsfrieden zwischen den politischen Kontrahenten. Von Egon Bahr auf den Begriff gebracht, hieß das oberste Gesetz des nuklearen Zeitalters, daß ein großer Sprung im Denken nötig ist, der Sprung von der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit, denn die Gegner wären im Untergang vereint, sie können nur gemeinsam überleben.¹⁵ Hauptinhalt des neuen Denkens in den Kategorien des Atomzeitalters war die Einsicht, daß für die gegnerischen sozialen Systeme eine gegenseitige Abhängigkeit des Überlebens besteht. Damit stieg der Frieden zum höchsten Interesse und obersten Wert auf.

In der DDR mündete diese Sichtweise 1983 in das staatsoffizielle Konzept eines Verständigungsfriedens. Frieden ist danach ohne Alternative. Frieden ist das höchste Gut der Menschheit, ist ungeachtet unterschiedlicher

politischer und weltanschaulicher Positionen, über Klassenschranken, über Trennendes hinweg, das vorrangige, gemeinsame, einigende Interesse.¹⁶ In dieser Friedenskonzeption ist nicht die Gegnerschaft oder Feindschaft sozialer Antagonisten der Ausgangspunkt, sondern es sind die Gemeinsamkeiten der sozialen Gegner, ihre übergeordneten Interessen.

Vorbedingung für das Austragen der Interessenkämpfe ist angesichts der Zerstörbarkeit der Welt, daß die Welt des Menschen überhaupt erhalten bleibt. Es gibt allgemeinmenschliche Interessen an der Erhaltung des Friedens, weil Frieden zur Voraussetzung für die Erhaltung der Gattung *Mensch* geworden ist.

Diese neue Konzeption eines Verständigungsfriedens, die wegen innerer und äußerer Widerstände nicht konsequent zu Ende gedacht und politisch realisiert worden ist, bildete für uns die Ausgangsbasis für weitergehende Folgerungen.

Ein Verständigungsfrieden machte es unseres Erachtens notwendig, die Auffassung von der friedlichen Koexistenz als Form des Klassenkampfes zu korrigieren. In dieser Formel war die Vorstellung enthalten, friedliche Koexistenz bedeute Kampf zwischen den beiden Gesellschaftssystemen zur Überwindung des einen durch das andere, eben nur in nichtkriegerischer Form. Wir stellten die originäre Grundidee wieder her, daß friedliche Koexistenz ein Übereinkommen zwischen beiden Eigentumssystemen als gleichberechtigte Partner sein muß¹⁷, arbeiteten aus, wie sich das Wesen dieses besonderen Friedens entfaltet und zur einzig lebensbewahrenden Form des Nebeneinanders und der Interessenkämpfe verschiedener Gesellschaftsordnungen im gegenwärtigen Zeitalter geworden ist.

Keine Seite, so wurde es dann in dem Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ verankert, darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Die Hoffnung sollte sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft, sondern daß beide Systeme reformfähig und friedensfähig sind.¹⁸ Die bestehenden politischen Gegensätze wurden nicht ignoriert. Aber der Kampf um gegensätzliche Interessen zwischen den Staaten und Bündnissen durfte nur noch in friedlichen Formen geführt werden. Der Unterschied der Formen, in der die internationalen Konflikte ausgetragen werden, ist im Atomzeitalter die alles entscheidende Differenz zwischen Sein und Nichtsein der Menschenwelt.

Dem Kapitalismus wurde nun ausdrücklich Friedensfähigkeit attestiert.¹⁹

Der Hauptkonflikt verlagerte sich vom Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf den Kampf zwischen Kräften des Krieges und Kräften des Friedens, auf den Kampf zwischen „Falken“ und „Tauben“ in beiden Systemen.

Damit brachen die verhärteten ideologischen Fronten auf, die der Kalte Krieg gezogen hatte. Das Feindbild zerbröckelte, und das Denken in Feindbildern geriet immer mehr in Widerspruch zu dem sachlichen und freundlichen Umgang mit dem Friedensdenken, das aus dem Westen und von anderen weltanschaulichen Positionen kam. 1988 brachen wir dann auch mit dem letzten und am meisten geheiligten Tabu und setzten uns mit dem Feindbildbegriff auseinander, an den auch die Forderung nach Haßerziehung gebunden war.²⁰

Und trotz Verbots der Politischen Hauptverwaltung der NVA gelang es, unseren Standpunkt unter die Leute zu bringen.

3. Neues Verhältnis von Streitkräften und Friedenssicherung

Für die Funktion der Streitkräfte, für das Verhältnis der NVA zum Frieden hatte die neue Friedensauffassung gravierende Konsequenzen. Da Frieden im Systemkonflikt alternativlos geworden war, drängte die Logik des Gedankens dazu, den Auftrag der Soldaten auf Friedensbewahrung zu reduzieren. Der Dualismus von Friedenserhaltung und Verteidigung hatte seine Berechtigung verloren. Ohne den Frieden zu bewahren, konnte die Verteidigungsmacht die Werte des eigenen Systems nicht verteidigen.

Verteidigungsfähigkeit war identisch geworden mit militärischer Friedenssicherung. Im Konflikt zwischen den beiden Verteidigungsbündnissen - und allein in diesem Rahmen hatte die NVA ihre Aufgabe - konnten die Streitkräfte nur noch Funktionen erfüllen, mit denen die Schwelle zum Krieg nicht überschritten wird.

Aber auch die Friedenssicherungsfunktion der Streitkräfte wurde vakant und immer mehr relativiert. Die Vorstellung, daß der Frieden wesentlich auf militärischer Macht beruht, war nicht nur Reflex der Realitäten des Kalten Krieges, sie war durch die Tradition von Jahrtausenden gefestigt, in der es Frieden immer nur in Anwesenheit von Waffen und gestützt auf Waffen gegeben hat. Aller bisherige Frieden war bewaffneter Frieden, ein Zustand, in dem die Waffen schwiegen, und der, weil die Waffen vorhanden blieben,

jederzeit wieder in den Zustand umschlagen konnte, in dem die Waffen sprechen.

Im Atomzeitalter durfte das nicht mehr sein. Jetzt gab es den Zwang, bei Strafe des Untergangs vom bewaffneten Frieden, der in den Krieg zurückfallen kann, zu einem unbewaffneten Frieden, also in einen echten, nicht rückfallgefährdeten Frieden überzugehen. Das bedeutete eine Revision nicht nur der marxistisch-leninistischen Friedensauffassung, sondern auch der originären von Marx und Engels. Die Wende vom bewaffneten zum unbewaffneten Frieden wurde nicht mehr vom Weltzustand des Sozialismus erwartet. Sie sollte sich nun bereits in Anwesenheit des Kapitalismus und gemeinsam mit dem Kapitalismus vollziehen.

Um das militärische Denken dem Atomzeitalter anzupassen und mit der dementsprechenden Friedenskonzeption in Übereinstimmung zu bringen durfte sein Ausgangs- und Zielpunkt nicht mehr der mögliche Krieg, sondern mußte der notwendige Frieden sein. Nicht mehr Krieg, sondern Frieden hatte nun die Zentralkategorie des militärischen Denkens zu sein. Das aber bedeutete eine revolutionierende Umwälzung im militärischen Denken. Sie nötigte das Offizierskorps der NVA zu einem beispiellosen Lernprozeß. Man kann wohl sagen, daß Ausmaß und Tiefe der Wandlungen, die in der Militärtheorie der DDR eingesetzt hatten, einem Paradigmenwechsel in der Wissenschaft gleichkamen.

Das neue militärtheoretische Denken enthielt sogar den logischen Ansatz zur Selbstaufhebung jeder Militärtheorie. Die Quintessenz lautete: Ist der Krieg sinnlos und der entmilitarisierte Frieden eine Überlebensnotwendigkeit, so verliert nach der Logik des Gedankens militärische Macht überhaupt ihre Daseinsberechtigung. Theoretisch stellten wir die Notwendigkeit und Berechtigung von Streitkräften für die künftige Entwicklung einer Friedensordnung zur Disposition. Wir waren uns natürlich bewußt, daß dies nur die Logik des Gedankens war und ein längerer geschichtlicher Prozeß nötig sein würde, um das Logische ins Historische zu überführen.

Was stattfand, war also zunächst nur eine Umwälzung im Denken, und auch diese war noch nicht abgeschlossen. Verfestigte Denkgewohnheiten und Vorurteile waren eine schwer zu überwindende geistige Macht. Die entscheidenden Kämpfe mußten zunächst theoretisch ausgefochten werden. Es bedurfte jahrelanger geistiger Auseinandersetzungen, damit der tief in die

Weltanschauung eingreifende Umbruch im Denken über Krieg und Frieden, Sicherheit und Verteidigung sich vollziehen konnte.

In dieser geistigen Auseinandersetzung bildeten sich Konfliktparteien sowohl innerhalb der staatstragenden Kräfte, darunter in der NVA, als auch zwischen diesen und oppositionellen Gruppen. Als Träger der neuen Ideen traten vor allem Naturwissenschaftler, Ärzte und Geisteswissenschaftler, Theologen und Parteiintellektuelle, Schriftsteller und Künstler, aber eben auch Offiziere der NVA in Erscheinung. Für die zahlreichen Verfechter der neuen Friedensgedanken im akademischen Bereich bildete der Wissenschaftliche Rat für Friedensforschung an der Akademie der Wissenschaften der DDR ein Forum, das Einfluß auf Öffentlichkeit und Politik verschaffte. Den Offizieren der NVA, die in ihm mitarbeiteten, gab er Rückendeckung und erweiterte Wirkungsmöglichkeiten.

Die andauernde Kontroverse zwischen traditionellem und neuem Denken, die in der NVA im letzten Jahrzehnt ihres Bestehens ausgefochten worden ist, äußerte sich in verschiedenen offenen und verdeckten Erscheinungsformen. Die neuen Einsichten konnten nur gegen erhebliche Widerstände errungen und verbreitet werden, gegen die eigne Befangenheit und gegen die äußeren Widerstände, die Konservatismus und Unverstand, aber auch ideologische Disziplinierung entgegensetzten.

Dabei verlief die Auseinandersetzung nicht absolut konfrontativ. Die Verfechter der neuen Auffassungen konnten sich bis zu einem gewissen Grade auch auf staatsoffizielle friedenspolitische Ansichten stützen. Das sogenannte *Neue Denken* hatte, zumindest in seinen friedens- und sicherheitspolitischen Aspekten, einen nicht unbedeutenden Teil der Partei- und Staatsfunktionäre für sich eingenommen. In einigen Institutionen, die für die Regierenden arbeiteten, hatte es sich fest etabliert. Das gilt vor allem für den außenpolitischen Apparat, für das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Aufgeschlossenheit für das Neue Denken gab es auch in der Abteilung für Sicherheitsfragen des Zentralkomitees der SED unter Wolfgang Herger, die unter anderem für die NVA zuständig war.

Auch die Armeeführung selbst hatte dazu ein gespaltenes Verhältnis. Einerseits mußte sie die Verteidigungsmotivation in Übereinstimmung mit der friedenspolitischen Staatsdoktrin bringen, andererseits fürchtete sie um den Verlust des Verteidigungswillens der Soldaten und die Demotivation bei

der Erfüllung der militärischen Aufgaben, die ihr vom sowjetisch dominierten Oberkommando gestellt wurden. Jede der nacheinander gewonnenen umwälzenden Erkenntnisse stieß zunächst auf Ablehnung oder Argwohn, einige von ihnen wurden im Laufe der Zeit aber selbst von manchen ihrer ursprünglichen Gegner stillschweigend übernommen. Dieses Spiel wiederholte sich regelmäßig, wenn wieder ein weiterer geheiligter Glaubenssatz geopfert werden mußte.

Auf diese Weise drangen die neuen Ansichten trotz anhaltenden Widerstands vor und gewannen auch innerhalb der NVA eine größer werdende Anhängerschaft. Sie wurden an militärischen Lehranstalten den Offizieren vermittelt, sie wurden auf Schulungen in der Truppe verbreitet, und sie wurden durch Veröffentlichungen verschiedenster Art jedermann zugänglich.²¹ Verbündete in den Redaktionsstuben von zivilen und Militärzeitschriften und in Verlagen, darunter des Militärverlages, halfen dabei und nahmen manche Entscheidung 'auf eigene Kappe'. Die neuen Ideen befanden sich in der NVA auf allen Ebenen in der öffentlichen Diskussion. Von ihnen ging ein Drängen aus auf praktische militärische Veränderungen.

In die militärische Praxis kam aber erst Bewegung, als im Mai 1987 überraschend Prinzipien einer neuen Militärdoktrin des Bündnisses verkündet wurden.²² Die Hauptaussagen der Doktrin, keinen Krieg, weder einen nuklearen noch einen konventionellen, zuzulassen, keinen Staat als Feind zu betrachten und die Verteidigung streng defensiv auszurichten, wirkten wie ein Paukenschlag. Sie zwangen dazu, die neuen Ideen aus der philosophischen Höhe, in die man sie bislang verweisen konnte, in das aufgabenbezogene militärische Denken und Handeln zu holen. Doch das entscheidende Hindernis blieb, daß diese neuen Doktringrundsätze nicht materialisiert worden sind, vor allem nicht durch den Abbau der Offensivpotentiale.

Am Ende der DDR entfaltete das neue Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte seine Wirkung im Ringen um eine friedliche und gewaltfreie Ablösung der bestehenden Machtstrukturen und um die Überwindung der Teilung Deutschlands. Auf einmal hatte die Konzeption des Verständigungsfriedens eine Bewährungsprobe auf einem dafür gar nicht vorgesehenen Feld, beim inneren Frieden, zu bestehen.

Die Gebote des neuen Denkens für das Verhalten von Staaten zueinander wurden nun zu Geboten für den Bürgerfrieden. Dialog anstelle von Feindschaft, Sicherheitspartnerschaft der Konfliktparteien anstelle von Gewalt, Vorrang der gemeinsamen Interessen vor politischen Gegensätzen - das

waren nicht unwesentliche geistige Voraussetzungen für die friedliche Lösung des gewaltträchtigen Machtkonflikts.

Sie halfen den Offizieren, sich im politischen Zusammenbruch des Staates, dem sie gedient hatten, selbständig und verantwortungsbewußt zu orientieren und sich an die Seite der Volksbewegung für eine demokratische Erneuerung des Landes zu stellen oder wenigstens sich loyal zu verhalten. Vieles, was das Umdenken über Frieden, Krieg und Streitkräfte an Einsichten, Erfahrungen und Haltungen hervorgebracht hatte, wirkte als geistige Vorbereitung für die demokratische Militärreform, die von reformorientierten Offizieren noch in Angriff genommen worden ist. Bürgerbewegung und Reformkräfte trafen sich in dem Bemühen, die kreative Kraft des neuen Denkens für den Übergang zu einer nichtmilitärischen Sicherheitspolitik freizusetzen. Ihre gemeinsame geistige Basis war das neue Denken über Frieden und Sicherheit.

Bevor man all das dem Vergessen überläßt, sollten wir prüfen, was an diesen Ideen und Lösungsansätzen nach der Zeitenwende, die 1989/90 mit dem Ende des Systemkonflikts eingetreten ist, sich überholt hat und was noch tragfähig sein könnte als ein theoretischer Ausgangspunkt für die geistige Bewältigung der ungelösten Fragen, die in der Ära nach dem Kalten Krieg vor uns stehen. Eine Weltordnung des Friedens ohne Krieg, ohne Drohung mit militärischer Macht und ohne Kampfeinsätze hochtechnologischer Streitkräfte ist ja noch nicht entstanden und auch nicht in Sicht.

Die Mittel für die Zerstörung der menschlichen Lebenswelt sind noch vorhanden, und dem exklusiven Kreis der Besitzenden dieser Übermacht, die sich damit zu Richtern über Leben und Tod aller Erdenbewohner erheben, fehlt der politische Wille, die Atomwaffen zu ächten und aus der Welt zu schaffen. Noch hängt das atomare Damoklesschwert über unseren Köpfen, und es kann herabsausen, wenn vergessen wird, daß nur die Umkehr zu einem Frieden, den nichtmilitärische Sicherheitsstrukturen tragen, wirklich Sicherheit bietet und das Weiterleben der menschlichen Zivilisation garantiert.

Autor: Wolfgang Scheler
Prof. Dr. sc. phil., Kapitän zur See a. D.
Rottwerndorfer Straße 3/1006
01257 Dresden

Anmerkungen:

¹ Siehe u.a. Hermann Scheler, Der Marxismus über den imperialistischen Krieg in unserer Epoche, Berlin 1957; Georg Klaus, Krieg und Frieden, in: Wissenschaftliche Weltanschauung, Teil II, 6. Heft, Berlin 1961; Matthäus Klein/Werner Mussler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden, in: Sozialismus und Frieden, Berlin 1961; Matthäus Klein, Vorwort zur Anthologie „Deutsches Friedensbuch“, Berlin 1965.

² Siehe u.a. Die Kriegsgefahr und der Kampf der Völker für den Frieden, in: Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Lehrbuch, Berlin 1960.

³ Siehe u.a.: Autorenkollektiv, Krieg, Armee, Militärwissenschaft, Berlin 1963; Autorenkollektiv, Militärische Theorie und militärische Praxis, Berlin 1972; A.S. Milowidow/S.A. Tjuschkewitsch/D.A. Wolkogonow (Redaktion), Krieg und Armee, Berlin 1979.

⁴ Siehe Heinz Hoffmann, Die marxistisch-leninistische Lehre vom Krieg und von den Streitkräften, Berlin 1960.

⁵ Karl Marx/Friedrich Engels, Die Deutsche Ideologie, in: Werke Bd. 3, S. 23 und S. 468.

⁶ W.I. Lenin, Referat auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der werktätigen Kosaken, in: Werke, Bd. 30, S. 386.

⁷ W.I. Lenin, Zur Revision des Parteiprogrammes, in: Werke, Bd. 26, S. 149.

⁸ W.I. Lenin, I. Gesamtrussischer Kongreß für außerschulische Bildung, in: Werke, Bd. 29, S. 331.

⁹ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 165.

¹⁰ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 479.

¹¹ Siehe William S. Schlam, Die Grenzen des Wunders. Ein Bericht über Deutschland, Zürich 1959, S. 185.

¹² Siehe u.a. nachfolgende Publikationen: Günter Rau u.a., Politik und Krieg in unserer Zeit, Berlin 1969; Günter Rau u.a., Gerechte und ungerechte Kriege, Berlin 1970; Wolfgang Müller/Rudolf Oelschlägel, Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit, Berlin 1972; Gottfried Kießling/Wolfgang Scheler, Krieg und Gewalt in der Geschichte der Klassengesellschaft. In: Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1977; Gottfried Kießling, Krieg und Frieden in unserer Zeit, Berlin 1977; Gottfried Kießling/Wolfgang Scheler, Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit, Berlin 1981; Erich Hocke/Wolfgang Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1982 (2., überarbeitete Auflage).

¹³ Erich Hocke/Wolfgang Scheler, Die Einheit von Sozialismus und Frieden. Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart, Berlin 1977.

¹⁴ Autorenkollektiv, Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984.

¹⁵ Siehe Egon Bahr, Was wird aus den Deutschen? Fragen und Antworten, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 26; Rede aus Anlaß des 90. Geburtstages von Martin Niemöller in der Frankfurter Paulskirche am 16. Januar 1982, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1982 Heft 2, S. 251 f.

¹⁶ Siehe Erich Honecker, Rede auf der internationalen Wissenschaftlichen Konferenz des Zentralkomitees der SED „Karl Marx und unsere Zeit - der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt“ in Berlin, in: Reden und Aufsätze, Bd. 9, Berlin 1985, S. 284.

¹⁷ Siehe: W.I. Lenin, Entwurf einer EntschlieÙung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees zum Bericht der Delegation auf der Genuakonferenz, in: Werke, Bd. 33, S. 342 f.

¹⁸ Siehe: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: Neues Deutschland (Berlin) vom 28. August 1987, S. 3.

¹⁹ Dieter Klein, Chancen für einen friedensfähigen Kapitalismus, Berlin 1988.

²⁰ Siehe: Wolfgang Scheler/Lothar Glaß/Klaus Götze, Feindproblematik und sozialistische Wehrmoral. Information an die Politische Hauptverwaltung der NVA vom 14.12.1987 (unveröffentlicht; später auszugsweise veröffentlicht in: „VOLKSARMEE“ 4/1990, S. 6 f.).

²¹ Siehe u.a.: Autorenkollektiv, Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges, Berlin 1984 und 1986; Horst Großmann, Frieden, Freiheit und Verteidigung, Berlin 1985; Wolfgang Scheler, Neues Denken über Krieg und Frieden im nuklearen Zeitalter, in: Militärwesen (Berlin), Heft 1 und 2/1987; Siegfried Fischer, Friedliche Koexistenz und sozialistische Verteidigungsmacht, Berlin 1987; Siegfried Keil, Gewalt und Politik in unserer Zeit, Berlin 1987; Autorenkollektiv, Kriegsideologie - Gewaltekult gegen Frieden und Freiheit, Berlin 1987; Wolfgang Scheler, Die Dialektik des Kampfes um Frieden und gesellschaftlichen Fortschritt, in: Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch, Berlin 1988; Autorenkollektiv, Frieden Krieg Streitkräfte. Historisch-materialistischer Abriss (Herausgegeben von der Militärakademie „Friedrich Engels“), Berlin 1989; Wolfgang Scheler, Neues militärisches Denken, in: Militärwesen (Berlin), Heft 2/1990; Wolfgang Scheler, Militärisches Denken im Lernprozeß für das Überleben der menschlichen Gattung, in: Natürliche Evolution von Lernstrategien. Hrsg. Erhard Geißler und Günter Tembrock, Berlin 1990.

²² Siehe: Über die Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, in: Militärwesen (Berlin), Heft 8/1987, S. 3-6.

Zu ideologisch-theoretischen Fragen des Problemkreises Frieden, Krieg und Streitkräfte

*Unter diesem Thema stand eine **Beratung im Ministerium für Nationale Verteidigung**, die der Stellvertreter des Chefs der Politischen Hauptverwaltung (PHV) für ideologische Arbeit zum **21. Januar 1988** einberufen hatte. Der Grund waren zugespitzte Meinungsverschiedenheiten mit den Philosophen an der Militärakademie. Den unmittelbaren Anlaß hatte unsere Forschungsinformation zur Feindproblematik gegeben.*

***Teilnehmer** waren neben Mitarbeitern der PHV der Direktor des Instituts für Militärgeschichte, der Kommandeur der Militärpolitischen Hochschule, der Kommandeur der Sektion Gesellschaftswissenschaften an der Militärakademie und einige Lehrstuhlleiter. Als Leiter des Philosophielehrstuhls und Urheber der Differenzen war ich aufgefordert, mich zum Thema zu äußern.*

Nachfolgend der Abdruck meiner damaligen Ausführungen. Sie geben Einblick in den wesentlichen Inhalt der internen Auseinandersetzungen. (Das Sakrileg, das die Zusammenkunft provoziert hatte, die Absage an Feindbild und Haßerziehung, überließ ich den Opponenten.)

Die Schwerpunkte sind gestellt, und sie sollten unter dem Gesichtspunkt der Konsequenzen behandelt werden, die das Dokument über die Militärdoktrin für unser Denken und Handeln hat. Ich möchte einige Überlegungen zu diesen Schwerpunkten in die Diskussion einbringen, wie ich sie sehe und wie auch andere Genossen im Lehrstuhl sie sehen:

1. Zur Militärdoktrin als dem für uns bestimmenden Ausgangspunkt

Meines Erachtens ist die neue Militärdoktrin die logische Konsequenz aus der neuen Lage, wie sie im nuklearen Zeitalter für den Sozialismus und alle anderen entstanden ist, und deren Bewußtwerden zu einer veränderten politischen Konzeption des Sozialismus in der internationalen Klassenauseinandersetzung geführt hat, zu einer Politik, die als neues Denken und Herangehen an die internationalen Beziehungen bezeichnet wird. Ihr Hauptinhalt besteht in der Koalition der Vernunft und des Realismus für den Frieden und im Aufbau gemeinsamer, nicht auf militärischer Abschreckung beruhender Sicherheit.

Die Militärdoktrin enthält das dazu gehörende militärpolitische Konzept des Sozialismus. Sie bringt die definitive und verbindliche Umstellung des Militärs auf die neue Gesamtpolitik und bestimmt die militärischen Konsequenzen dieser Politik.

Natürlich haben wir diese Umstellung nicht erst im Mai 1987 und nicht als Bruch von einem Tag zum andern erlebt. Sie war - und ist noch - ein Prozeß, der mit dem Ersetzen des Konzepts friedensichernder militärischer Überlegenheit des Sozialismus durch das Konzept des friedensichernden militärstrategischen Gleichgewichts ab Mitte der siebziger Jahre begann, sich über den Kernwaffenerst-einsatzverzicht der Sowjetunion und Chinas sowie die Erklärungen über die Unmöglichkeit eines Sieges im Kernwaffenkrieg fortsetzte und nun in der neugefaßten Militärdoktrin seine Zusammenfassung und seinen bisherigen Höhepunkt fand. Die eingetretenen Wandlungen sind aber so tief, daß nicht nur der gesamte Inhalt der Militärdoktrin umgewälzt worden ist, sondern sogar die Kategorie *Militärdoktrin* einen Bedeutungswandel erfahren hat. Wesen und Funktion der Militärdoktrin sind neu definiert worden.

Obwohl natürlich vorausgegangene Doktrinen letztlich immer der politischen Funktion dienten, den Frieden für eine längere Zeit oder nach Möglichkeit auf Dauer zu erhalten, waren es ihr Inhalt und ihre unmittelbare Funktion, das Land auf den Krieg vorzubereiten. Die Militärdoktrin galt als staatlich anerkanntes System wissenschaftlich begründeter Anschauungen „zu den grundlegenden Fragen des Krieges“, der „Einschätzung eines künftigen Krieges, der Stellung des Staates zum Kriege, der Definition des Charakters eines künftigen Krieges, der ökonomischen und moralischen Vorbereitung des Landes auf einen Krieg, des Aufbaus und der Ausbildung der Streitkräfte sowie der Methoden der Kriegführung“. (Sokolowski, S. 59)

Heute ist es zur unmittelbaren Funktion und zum Inhalt der Militärdoktrin geworden, mit militärischen Mitteln und mit dem Abbau des Militärs den Frieden zu erhalten, jeden Krieg, also den nuklearen wie den konventionellen, den Angriffs- und den Verteidigungskrieg, zwischen den Bündnissystemen zu verhindern. Heute sagen wir, unsere Militärdoktrin „ist ein System grundlegender Ansichten zur Verhinderung eines Krieges, zum militärischen Aufbau, zur Vorbereitung der Bruderländer und ihrer Streitkräfte auf die Abwehr einer Aggression und zu den Methoden der Führung des bewaffneten Kampfes zum Schutz des Sozialismus“. (Hampf, S. 8)

Die Militärdoktrin hat sich also aus einer Doktrin über den Krieg (natürlich den Verteidigungskrieg) in eine Friedensdoktrin im vollen Sinne des Wortes verwandelt.

Sie bestimmt dazu auch die militärischen Mittel und Handlungen neu:

- die Beschränkung auf militärische Parität,
- die Beschränkung der Mittel und der militärischen Handlungen auf das, was für die Verteidigung, für die Abwehr einer Aggression ausreicht,
- das Ausschließen militärischer Präventiv- oder Präemptivhandlungen aller Art und Bindung der vernichtenden Abfuhr für den Aggressor an einen auf uns verübten Angriff.

Schließlich enthält die Militärdoktrin auch die Eckpunkte einer Abrüstungskonzeption, die Denuklearisierung der Streitkräfte und die konventionelle Nichtangriffsfähigkeit. Vom Führen eines Krieges zur Verteidigung ist nirgendwo die Rede.

Vergleicht man das mit der vorhergehenden Militärdoktrin, die Anfang der sechziger Jahre aufgestellt worden war, und auch mit der zwischenzeitlichen Ausbildungs- und Manöverpraxis, so werden die gravierenden Wandlungen deutlich. Die gültige Militärdoktrin zwingt uns also, unser gesamtes militärisches Denken, das auf den Grundsätzen der vorherigen Militärdoktrin gebildet worden ist, umzubauen.

Zum Vergleich drei Hauptthesen der Militärdoktrin, die in den Jahren 1960 bis 1963 ausgearbeitet und von Chruschtschow und Verteidigungsminister Malinowski verkündet wurde und Eingang fand in das Buch „Militärstrategie“ von Sokolowski:

- „Seinem politischen und sozialen Wesen nach wäre ein neuer Weltkrieg der entscheidende bewaffnete Zusammenstoß der beiden in der Welt existierenden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme. Dieser Krieg würde gesetzmäßig mit dem Sieg der fortschrittlichen, kommunistischen sozialökonomischen Formation über die reaktionäre, von der Geschichte zum Untergang verurteilte kapitalistische sozialökonomische Formation enden.“ (Sokolowski, S. 264)
- „Dies erfordert vor allem, die qualitative und quantitative militärische Überlegenheit über den wahrscheinlichen Aggressor zu gewährleisten.“ (Sokolowski, S. 265)
- „Ein Krieg zwischen dem Lager des Imperialismus und dem Lager des Sozialismus ... wäre von Seiten des Imperialismus ein aggressiver, ungerechter Annexionskrieg, von Seiten der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft aber ein gerechter, revolutionärer Befreiungskrieg.“ (Sokolowski, S. 234)

Das wurden unsere Grundprämissen im militärpolitischen, militärischen und wehrethischen Denken. Das bestimmte unsere Sicht auf alle Fragen der Lehre vom Krieg und von den Streitkräften und ihre Anwendung zur Lösung unserer verteidigungspolitischen und wehrerzieherischen Aufgaben.

Für mich waren das unanfechtbare marxistische Wahrheiten, an die ich glaubte wie ein guter Christ an Bibelsprüche. Es bedurfte daher einer längeren Zeit und umwerfend neuer Tatsachen, bis ich begann, das, was ich bisher gedacht und geschrieben hatte, selbstkritisch zu prüfen, in Frage zu stellen und in einem qualvollen Erkenntnis- und Lernprozeß neue, sachgerechte und zeitgemäße Auffassungen zu erarbeiten. Bestärkt wurde ich dabei vor allem von der schöpferischen, unkonventionellen und kühnen Friedenspolitik unserer Parteiführung. Ich spreche hier deswegen von mir, weil ich mit Sicherheit sagen kann, wie sich bei

mir der Lernprozeß, der Prozeß des Umdenkens vollzogen hat. Ich vermute jedoch, daß es in dieser oder jener Weise jedem von uns so geht.

Die neue Militärdoktrin ist so anders, daß sie mit den alten Denkkategorien nicht erfaßt, nicht verstanden und nicht realisiert werden kann. Das betrifft auch die Bestimmung möglicher Kriege. Sie gibt nicht „eine klare Bestimmung möglicher Kriege“, sondern nur klare Bestimmungen darüber, was militärisch getan werden muß, um noch immer mögliche Kriege nicht zuzulassen. Wenn man erwartet, daß die Militärdoktrin doch wie früher etwas über den Charakter dieser Kriege sagen müßte und daß es vielleicht noch einen geheimen Anhang gibt über diese und ähnliche Fragen, dann hat man die Wandlung nicht in ihrem Wesen begriffen, die mit der Doktrin vor sich gegangen ist und deren Grund nicht in Mängeln der Doktrin, sondern in kardinal neuartigen, Krieg und Frieden betreffenden Tatsachen liegt.

2. Einige Gedanken zu noch immer möglichen Kriegen, zum Sinn des Kampfes und zum Kampfeswillen

Es dürfte keine Meinungsverschiedenheiten darüber geben, daß der gefährlichste und bei Lage der Dinge am ehesten mögliche Krieg der Kernwaffenkrieg ist. Obwohl ihn auch die politisch maßgeblichen Kreise des Imperialismus nicht wollen, kann die Logik der Abschreckungsdoktrin und die materiell weiter betriebene Vorbereitung auf diesen Krieg ihn herbeiführen.

Über einen solchen Krieg sind die zutreffenden Aussagen gemacht worden: Er ist sinnlos, irrational, kann keine politische Funktion erfüllen, ist verbrecherischer Wahnsinn, Inferno, Selbstvernichtung der Menschheit und ähnliches mehr. Inferno ist er auch als bewaffneter Kampf, und das schaffen schon allein die strategischen Offensivkräfte. Handlungen der drei Teilstreitkräfte, über die wir als NVA verfügen, sind in ihm bedeutungslos.

Ein konventioneller Weltkrieg, soweit er bei Vorhandensein von Kernwaffen und ihrem Verbund mit konventionellen Kräften überhaupt eine reale Möglichkeit ist, hätte für die Beteiligten ähnlich zivilisationszerstörende Folgen. In ihm würden die Land-, Luft- und Seestreitkräfte aktiv handeln, aber hinsichtlich der zu erwartenden Ergebnisse ihres Handelns fehlt auch diesem Krieg jeglicher Sinn.

Möglich erscheint außerdem ein auf Europa begrenzter Krieg zwischen den beiden gegnerischen Bündnissystemen, der, ob er mit begrenztem Kernwaffeneinsatz oder konventionell geführt würde, in jedem Falle allesvernichtende Folgen für den Kriegsschauplatz Europa hätte. Deshalb hat auch dieser Krieg keinen Sinn, weder für die NATO noch für den Warschauer Vertrag.

Auch ein kleinerer lokaler Krieg zwischen den Bündnissen wäre nur ein Schwebestand zwischen dem sehr wahrscheinlichen Übergang in die nächst höhere Stufe

des Krieges oder einer raschen Einstellung der Kriegshandlungen, bevor es zu spät ist.

Keiner dieser denkbaren Kriege hat also einen Sinn, und folglich kann aus ihnen auch kein Sinn des Kampfes abgeleitet werden. Eine ganz andere Frage ist, daß wir uns auf alle diese möglichen Kriege vorbereiten müssen und welchen Sinn die Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf in solchen Kriegen hat. Das ist keine theoretische Spitzfindigkeit, sondern der Springpunkt für das Verständnis des Auftrages sozialistischer Streitkräfte.

Gewöhnlich wird so gefragt: Der friedenerhaltende Auftrag unserer Streitkräfte ist uns klar. Das ist gut so. Dazu stehen wir. Was aber, wenn es dennoch zum Krieg kommt? Müssen wir dann nicht kämpfen und folglich diesem Kampf auch einen Sinn geben? Diese Fragestellung offenbart, daß der Springpunkt unverstanden geblieben ist. Der Springpunkt ist, daß der Sinn des Kampfes im Krieg nicht aus dem Krieg kommt, sondern aus der Notwendigkeit und der Möglichkeit, Krieg mit militärischen Fähigkeiten zu verhindern.

Um den möglichen Krieg verhindern zu können, muß man gemäß den Anforderungen des bewaffneten Kampfes in ihm kämpfen können, kämpfen wollen und auch wirklich kämpfen, falls es dazu kommt. Einen anderen Sinn kann man dem bewaffneten Kampf nicht geben. Nur diesen Sinn hat der bewaffnete Kampf, genauer, seine Vorbereitung, die ganze Ernsthaftigkeit, mit der wir bereit und fähig sind, beliebige Aggressionen abzuwehren.

Die operativen Pläne dafür gibt es. Sie müssen optimal, flexibel und variantenreich vervollkommen werden. Die aus ihnen folgenden Handlungen müssen geübt und im Aggressionsfall ausgeführt werden. Woher soll sonst friedensichernde militärische Macht kommen? Aber um für die Aufrechterhaltung friedensichernder militärischer Macht zu motivieren, brauchen wir nichts anderes als die Kriegsverhütungsoption. Alles andere offenbart mangelnde Ernsthaftigkeit in der Wahrnehmung der unseren Streitkräften auferlegten friedenspolitischen Verantwortung.

Kämpfen können und wollen müssen wir doch nicht für den Fall, daß unsere Friedenspolitik scheitert, sondern damit sie **nicht** scheitert, damit sie auch mit Hilfe militärischer Mittel verwirklicht werden kann. Folglich darf man hier keinerlei Zugeständnisse an die alte Denkweise machen, die, nachdem sich der Sinn des bewaffneten Kampfes nun wirklich nicht mehr am Kernwaffenkrieg festmachen läßt, die letzte Zuflucht im konventionellen Krieg sucht. Möglich sind beide, der nukleare wie der konventionelle Krieg, aber nicht daraus ergibt sich unsere Motivation, sondern daraus, dem Gegner jede Kriegsoption zu nehmen und damit die Möglichkeit, militärischen Druck auf uns auszuüben und uns zu erpressen.

Hierin sehe ich die Dialektik von Friedenssicherung und militärischer Macht des Sozialismus, und um sie zu beherrschen bedarf es keiner Hilfskonstruktionen über

außerdem und **dennoch** mögliche Kriege oder über zwei Seiten des Sinns des Soldatseins, eine für den Frieden und eine für den Krieg. Solche Konstruktionen halte ich für falsch und für schädlich.

3. Zur Abkehr von der Gerechtigkeit des Verteidigungskrieges als Wehrmotiv

Ich komme gleich zum Kern der Sache: Die Leninsche Lehre über gerechte und ungerechte Kriege ist auf die heute zwischen den Bündnissystemen möglichen Kriege nicht anwendbar. Dies ist meines Erachtens eine logische Konsequenz aus der Erkenntnis, daß sich mit Kriegen dieser Art Politik nicht fortsetzen läßt, daß sie aufgehört haben, ein Mittel zu politischen Zwecken zu sein, daß sie ihre politische Funktion verloren haben, daß sie sinnlos sind.

Die Unterscheidung von gerechten und ungerechten Kriegen hat bei Lenin zur Voraussetzung, daß es sich um den klassischen Krieg handelt, der Fortsetzung der Politik der einen oder der anderen Klasse, der unterdrückenden oder der unterdrückten Klasse ist und deren Interessen dient. In dem Sinne konnte ein Krieg zur Verteidigung des Sozialismus und Menschheitsfortschritts als gerecht bewertet werden und war aus dieser Gerechtigkeit ein tragendes Motiv des Verteidigungswillens zu gewinnen. Genau diese Bedingung aber erfüllt ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Vertrag nicht. In dem Maße, in dem der Krieg sein Wesen verändert und seinen entscheidenden Wesenszug verliert, Mittel zum politischen Zweck zu sein, verliert er auch seine differenzierte Bedeutung vom Standpunkt des Klasseninteresses wie des Menschheitsinteresses. Er vermag keinem von beiden zu dienen.

Diese Schlußfolgerung erscheint mir heute so klar, daß mir nur unklar ist, warum ich nicht schon früher zu dieser Einsicht gekommen bin. Was ich also 1981 in der Schrift „Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit“ über die Gerechtigkeit eines Verteidigungskrieges, der ein Kernwaffenkrieg ist, geschrieben habe, ist falsch, und es war schon damals falsch, was ich aber nicht wußte, weil ich die Veränderung im Wesen des Krieges noch nicht begriffen hatte.

Die Anerkennung des Satzes, daß im Atomzeitalter ein Krieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern das Ende jeglicher Politik wäre (Honecker), zieht notwendig die Erkenntnis nach sich, daß die Unterscheidung eines solchen Krieges als ungerechter seitens des Imperialismus und als gerechter seitens des Sozialismus überholt ist.

Daraus ergeben sich überhaupt keine Gefahren für die positive Bewertung von militärischen Vorbereitungen und Handlungen zur Abwehr einer Aggression. Was sich verändert hat, ist, daß in der bisherigen Wehrmotivation eine Grundprämisse für die Gerechtigkeit und moralische Anerkennung unseres soldatischen Handelns der gerechte Verteidigungskrieg war, jetzt aber zur Grundprämisse die Ablehnung

jeglichen Krieges als Mittel der Politik und damit das Handeln gegen den Krieg ist. Bei konsequenter Umstellung der Wehrmotivation auf das Friedensmotiv, die wir ja seit mehr als einem Jahrzehnt betreiben, tritt überhaupt kein Vakuum in der Wehrmotivation auf, wenn der gerechte Verteidigungskrieg als Motiv entfällt - was einmal mehr beweist, wie notwendig und wichtig diese Umstellung war.

Gerecht und moralisch hoch zu bewerten ist also die Landesverteidigung, der Wehrdienst, das Ringen um Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft, der dafür notwendige Kampf- und Siegeswille, die Bereitschaft, jederzeit in das Gefecht zur Abwehr einer Aggression einzutreten, dies aber nicht, weil wir einen gerechten Verteidigungskrieg führen würden, sondern weil wir damit das militärisch Mögliche tun, einen allesvernichtenden Krieg unmöglich zu machen.

Die friedenspolitische Verantwortung wahrzunehmen, die von einzigartiger historischer Tragweite ist, - das ist die Quelle, aus der die Gerechtigkeit und moralische Wertschätzung unseres Tuns entspringt. Damit befinden wir als Soldaten uns in voller Übereinstimmung mit der Motivation der Arbeit und gesellschaftlichen Aktivität im zivilen Bereich unserer Republik. Die Spezifik unserer militärischen Tätigkeit beschränkt sich lediglich darauf, daß wir unseren Beitrag für den kostbaren, lebensbewahrenden Frieden auf besondere, auf Soldatenart leisten, eben durch Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft.

Wolfgang Scheler

Quellen:

Generalleutnant Ernst Hampf, Fest an der Seite unserer sowjetischen Waffenbrüder, in: Militärwesen, Heft 1/88.

Marschall der Sowjetunion W. D. Sokolowski (Redaktion), Militärstrategie, Berlin 1965.

Publikationen des Philosophie-Lehrstuhls der Militärakademie „Friedrich Engels“
zur Thematik **Frieden, Krieg und Streitkräfte** (Auswahl):

Erich Hocke/Wolfgang Scheler:

Die Einheit von Sozialismus und Frieden

Zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden in der Gegenwart

Dietz Verlag Berlin 1977

Gottfried Kießling

Krieg und Frieden in unserer Zeit

Militärverlag Berlin 1977

Wolfgang Scheler/Gottfried Kießling

Gerechte und ungerechte Kriege in unserer Zeit

Militärverlag Berlin 1981

Autorenkoll.: E.Hocke/S.Keil/G.Kießling/W. Kliem/F.Rupprecht/W.Scheler (Leiter)

Die Philosophie des Friedens im Kampf gegen die Ideologie des Krieges

Dietz Verlag Berlin 1984

Horst Großmann

Frieden, Freiheit und Verteidigung

Dietz Verlag Berlin 1985

Siegfried Fischer

Friedliche Koexistenz und sozialistische Verteidigungsmacht

Militärverlag Berlin 1987

Siegfried Keil

Gewalt und Politik in unserer Zeit

Militärverlag Berlin 1987

Autorenkollektiv K. Götze, W. Kaczmarek, S. Keil, W. Scheler (Leiter)

Kriegsideologie - Gewaltkult gegen Frieden und Freiheit

Militärverlag Berlin 1987

Bernd Lippold

Mensch und Technik in den sozialistischen Streitkräften

Militärverlag Berlin 1988

Autorenkollektiv: W. Scheler (Leiter), S. Fischer, L. Glaß, F. Groh, H. Großmann, E. Hocke, K. Ihlau, S. Keil, G. Kießling, B. Lippold, S. Schönherr

Frieden - Krieg - Streitkräfte

Militärverlag Berlin 1989

Schriftenreihe „D S S - A r b e i t s p a p i e r e“

- Heft 17 : Siegfried Schönherr
Rüstungsproduktion in der DDR - Konversionspotential und
Konversionspraxis zur Zeit der Wende
Dresden 1995, 24 Seiten
- Heft 18 : Harald Kießlich - Köcher
Die Streitkräfte der Russischen Föderation Militärreform,
militärtechnische Politik und Zustand der Teilstreitkräfte
Dresden 1995, 22 Seiten
- Heft 19 : Harald Kießlich - Köcher
Die Streitkräfte der Russischen Föderation Personalia führender
Militärs, Dresden 1995, Teile 1 und 2, zusammen 83 Seiten
- Heft 20 : Erich Hocke
Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und die Rolle von Streitkräften
Dresden 1995, 26 Seiten
- Heft 21 : Krieg in Jugoslawien nur ein jugoslawischer Krieg?
Vorträge zum 4. Dresdner Friedenssymposium am 10. Februar 1996,
Dresden 1996, 40 Seiten
- Heft 22 : Autorenkollektiv
Bericht über eine Meinungsumfrage unter Armeeingehörigen ... der DDR
zu aktuellen politischen Fragen und zum Verlauf der Militärreform der DDR
im April 1990, [Rückblicke (1)], Dresden 1996, 18 Seiten
- Heft 23 : Michail I. Semirjaga
Zur Rolle des NKWD in der Sowjetischen Besatzungszone (Aus dem
Russischen) [Rückblicke (2)], Dresden 1996, 32 Seiten; 2,20 DM
- Heft 24 : Tilo Fischer / Horst Schneider
Was des Volkes Hände schaffen soll des Volkes eigen sein ...
Der Volksentscheid über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher
am 30. Juni 1946 in Sachsen
[Rückblicke (3)], Dresden 1996, 104 Seiten (Teile 1 und 2); 4,00 DM
- Heft 25 : NATO und NATO-Osterweiterung. Pro und contra in Beiträgen von
Erich Hocke, Dietrich von der Planitz und Ernst Woit
Dresden 1996, 42 Seiten; 2,50 DM